Einzelnummer 50 Mark

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Für auswärts monatlich M. 1200.— einschl. Zustellgebühr. Durch die Post innerhalb Deutschlands frei ins Haus geliefert: monatlich M. 1000.— und Bestellgebühr. Auslandsversand: monatlich M. 1200.— und Drucksachen-Porto. — Das Leipziger Tageblatt erscheint täglich morgens, außer nach Sonn- und Feiertagen. Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörungen berechtigt den Bezieher nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse 8. Fernsprecher 17080—17092. Anzeigen- u. Abonnements-Annahme in der Geschäftsstelle, allen Filialen, sowie in Berlin, Ullsteinhaus.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: die einspalt. 24 mm br. mm-Zeile M 70.—, für auswärt. Inserent. M. 115.—. Sonderpreise: Familienanz. p. Priv. die mm-Zeile M. 15.—. Gelegenheits-Anzeigen (priv. Natur) und Stellenangebote, die mm-Zeile M. 35.—, Stellengesuche die mm-Zeile M. 30.—, amtl. Bekanntmachungen, Doppel-mm-Zeile M. 140.—, für auswärt. M. 250.—, Reklame 72 mm breit, die mm-Zeile M. 350.—, für auswärt. M. 500.—, Auslandsanzeigen mit Valuta-Aufschlag. Bei Wiederholung Nachlaß. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. — Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung der Anzeigenaufträge und Leistung von Schadenersatz. — Postscheckkonto Leipzig 3004. Druck und Verlag Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H., Leipzig. Berliner Schriftleitung: Im Ullsteinhaus. Fernsprech-Anschluß: Dönhoff 5600—5663.

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 9 | Donnerstag, den 11. Januar 1923 | 117. Jahrgang

Der französische Wahn

Leipzig, 10. Januar.

Nach den letzten Meldungen kann man nur noch von einer Rumpf-Entente sprechen. Wie die Pariser Morgenblätter mitteilen, hat Sir John Bradbury Paris verlassen, um sich nach London zu begeben. Er wird infolgedessen der Sitzung der Reparationskommission, die am Freitag um 3 Uhr stattfindet und sich mit dem deutschen Gesuch um ein Moratorium befassen wird, nicht beiwohnen können. In den kommenden Sitzungen der Reparationskommission wird Großbritannien dem Petit Journal zufolge durch Sir Lampbell Cook vertreten sein. Der Matin sagt, es sei wahrscheinlich, daß bedeutende Pfänder ergriffen werden müßten, wenn die Reparationskommission vor dem 15. Januar beschließe, Deutschland ein Moratorium zu gewähren. Die französische Regierung werde alsdann Pfänder vorschlagen, die zweifellos mit denen, die auf der Pariser Konferenz von ihr bestimmt worden seien, ziemlich übereinstimmen würden, nämlich die Pfändung der Zölle im Rheinlande und im Ruhrgebiet, Abgabe eines gewissen Prozentsatzes in Devisen auf die Ausfuhr und die Pfändung der Kohlensteuer.

Wie sehr der angelsächsische Standpunkt von dem französischen abweicht, läßt eine Meldung des Matin erkennen, nach der der amerikanische Beobachter Boyden den Vorschlag gemacht hat, daß die Reparationskommission bei ihrer Mitteilung der deutschen Verfehlung an die verschiedenen Regierungen daran erinnern soll, daß das Reich zum Teil für seine Verfehlungen zu entschuldigen sei und daß diese immer wieder eintreten würden, solange die unerträglichen Lasten, unter denen Deutschland zu leiden habe, nicht gemildert seien.

Aus Washington meldet uns ein Funkspruch, daß Amerika der französischen Regierung halbamtlich seine Mißbilligung der Besetzung des Ruhrgebietes mitgeteilt habe, wenn es auch auf einen formellen Protest verzichte und Präsident Harding bis jetzt die Rückberufung der amerikanischen Truppen noch nicht gutheiße.

Ganz besonders schmerzlich mag es für Herrn Poincaré sein, daß er, der erst ganz kürzlich sich stellte, als ob einer diplomatischen Sondierung im Verkehr der Kabinette kein Wert beigelegt zu werden brauche und deshalb das deutsche Friedensangebot ignorieren zu dürfen glaubte, nunmehr seinerseits von jenseits des Ozeans eine diesbezügliche Belehrung bekommt. Wie der New York Herald aus Washington mitteilt, macht das Staatsdepartement heute neue Mitteilungen aus den Verhandlungen mit Frankreich über den amerikanischen Plan einer Sachverständigen-Kommission zur Feststellung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Das Staatsdepartement meint:

> Die Erklärung Poincarés, die Vereinigten Staaten hätten kein Angebot dieser Art gemacht, müsse auf eine irrtümliche Aeußerung zurückzuführen sein. Das amerikanische Angebot sei Frankreich auf dem üblichen diplomatischen Wege übermittelt worden. Frankreich habe dann nach den Bürgschaften für die Zahlungen Deutschlands gefragt, wenn diese Kommission Deutschlands Zahlungsfähigkeit festgestellt habe. Amerika habe darauf geantwortet, die ganze Welt werde einen wirtschaftlichen und moralischen Druck auf Deutschland ausüben, um es vollkommen zu isolieren und ihm jede Möglichkeit zu neuen Anleihen zu nehmen und jede Möglichkeit, auch seine internationalen Handelsbeziehungen aufrechtzuerhalten, wenn es sich seinen Verpflichtungen entziehen sollte.

Der Washingtoner Regierung sehr nahestehende Kreise erklären, das Mißverständnis zwischen Frankreich und Amerika bestehe lediglich in der Frage, ob man eine diplomatische Sondierung als ein Angebot ansehen könne.

Vermutlich wird die Welt nun auch sehr bald etwas Näheres über die Stellungnahme Englands vernehmen.

Das englische Kabinett ist für morgen einberufen worden. Es wird dies die bedeutendste Kabinettssitzung sein, seitdem Bonar Law die Regierung übernommen hat. Lord Derby (Kriegsminister) und Oberst Amery (Marineminister) sind auf dem Wege vom Kontinent nach England begriffen, um an der Kabinettssitzung teilzunehmen. Es sollen über folgende Punkte Entscheidungen getroffen werden:

1. die zukünftige Haltung Englands zur Reparationsfrage;
2. die Haltung gegenüber dem Vorgehen Frankreichs und die Möglichkeit eines Protestes;
3. Verbleiben oder Zurückziehung der englischen Truppen aus dem Rheinlande;
4. die Vertretung Englands in der Reparationskommission.

Was die öffentliche Meinung in England betrifft, so verurteilt sie einstimmig den französischen Vormarsch. Die Times kritisiert die Politik Frankreichs, die den europäischen Frieden durch eine Handlung, die auf keinen Fall die Zustimmung Großbritanniens finden kann, ferner rückt. Der Daily Telegraph erklärt, die unheilbare Folge des französischen Vorgehens sei ein neuer vollständiger Zusammenbruch des deutschen Kredites. Die Westminster Gazette erklärt, wenn wirtschaftliche Theorien noch irgend etwas bedeuten, müsse man sagen, daß Frankreich eine hoffnungslose Aufgabe übernommen habe. Das französische Experiment könne nur die Zerstörung jeder Hoffnung bedeuten, im nächsten Menschenalter irgendwelche Zahlungen von Deutschland zu erhalten. Die Zeit werde sicher kommen, wo man Amerika und England anflehen werde, dem endgültigen Zusammenbruch Deutschlands und gleichzeitig Frankreichs vorzubeugen.

Der französische Sieger legt in dieser mißlichen Lage doppelten Wert darauf, vor dem Besiegten in unverletzter gloire dazustehen. Bezeichnend ist, was der Petit Parisien über einen angeblichen Zwischenfall bei der Rede des deutschen Delegierten Lübsen berichtet. Bei der Uebersetzung dieser Rede hatte der Uebersetzer die Worte gebraucht: „Was wir der französischen Regierung vorwerfen ...“ Barthou habe sich darauf brüsk erhoben und, zu dem deutschen Vertreter gewandt, diesem zugerufen: „Sie haben nichts vorzuwerfen.“

Daß aber selbst das große Frankreich keine ganz reine Daseinsfreude genießt, erhellt aus folgender Pariser Mitteilung über die Angst vor den Kommunisten.

> „Die Blätter geben Gerüchte wieder, nach denen die Regierung beschlossen hat, gegen die französischen Kommunisten, die an der internationalen Kommunistentagung in Essen teilgenommen haben, vorzugehen. Der Abgeordnete Ehrlich hat eine Interpellation eingebracht über die Anwesenheit Cachins und der anderen französischen Kommunisten im Ruhrgebiet. Es hat gestern im Justizpalast im Bureau des Generalstaatsanwaltes Lescouvé eine Konferenz stattgefunden, an der eine Reihe Persönlichkeiten von der Polizeidirektion und der hohen Justizverwaltung teilgenommen haben, die sich mit der Frage des Vorgehens gegen die Kommunistenführer befaßt haben sollen. Eine andere Konferenz hat dem Matin zufolge gestern abend bei Poincaré stattgefunden, an der der Minister des Innern Maunoury, der Justizminister Colrat und der Staatsanwalt Lescouvé teilnahmen. Auch diese Sitzung soll sich mit der vorgenannten Frage befaßt haben. Anderseits teilt der Matin mit, die Polizei beschäftige sich mit zahlreichen Reisen französischer und fremder Kommunisten. Diese seien zum größten Teil mit falschen Pässen versehen gewesen, die sicherlich in Berlin oder in Moskau hergestellt worden seien.“

Aber was sind solche Sorgen schließlich gegenüber der großen victoire, an deren Vorabend ganz Frankreich heute steht? Die gesamte französische Presse kündigt an, daß der Einmarsch nach Essen am Donnerstag früh zu erwarten sei. Der erste Schritt, der voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages durchgeführt wird, dürfte darin bestehen, daß die deutsche Regierung über die Maßnahmen, die Frankreich zu unternehmen gedenkt, unterrichtet wird, ebenso wie bereits gestern die englische Regierung. Donnerstag vormittag werden dann zweifellos einige wichtige Punkte des Ruhrgebietes durch die französischen und belgischen Truppen besetzt werden. Der Hauptzweck dieser Bewegung ist die Ueberwachung der Gegend von Essen. Die französischen und belgischen Truppen dürften jedoch kaum in dem Labyrinth von Hütten und Gruben verstreut werden, sondern in geschlossenen Abteilungen beherrschende Punkte des Gebietes besetzen.

Alle Parteien sind sich darüber schlüssig geworden, daß es jetzt gilt, alles Trennende zurückzustellen und geschlossen hinter eine Regierung zu treten, die mit gleicher Entschlossenheit die Konsequenzen aus dem französischen Rechtsbruch zu ziehen bereit ist, mit der sie die Vertragserfüllung im Rahmen des Möglichen und im Einklange mit der Pflicht der Selbsterhaltung zu gewährleisten versucht hat.

Aufschub des Vormarsches

Umleitung französischer Truppen auf das linke Rheinufer

Essen, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach den letzten Informationen haben die französischen Truppentransporte für das Ruhrgebiet große Verspätungen erlitten. Die nach Essen bestimmten Truppentransportzüge sind bisher nicht eingetroffen. Andere Züge, die an der Peripherie des Ruhrgebiets beladen werden sollten, sind auf rückwärts gelegenen Stationen angehalten und wieder entladen worden. Bereits in Duisburg befindliche Truppen sind auf das linke Rheinufer zurückgezogen worden. Das alles scheint die Annahme zu bestätigen, daß der französische Einmarsch in den Ruhrbezirk tatsächlich zunächst aufgeschoben worden ist.

Nach einer Londoner Meldung der Kölnischen Zeitung hat Poincaré infolge eines italienischen Einspruchs den Einmarsch in das Ruhrgebiet bis nach dem 15. Januar verschoben. Eine Bestätigung dieser Meldung ist hier nicht zu erlangen. Jedenfalls sind die Franzosen bisher nicht eingerückt, dagegen werden die Vorbereitungen für den Einmarsch fortgesetzt. Nachdem gestern bereits 73 Eisenbahnzüge für Truppentransporte angefordert worden waren, sind heute vormittag weitere 48 Züge angefordert worden.

Berlin, 10. Januar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Wie wir erfahren, hat der französische Botschafter de Margerie heute nachmittag um 4 Uhr den Reichsminister des Aeußeren offiziell von dem Vorgehen der französischen Regierung im Ruhrgebiet Mitteilung gemacht. Der Beginn der Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses, der für 5 Uhr angesetzt war, verzögerte sich dadurch um eine Stunde, daß der Reichskanzler im Auswärtigen Ausschuß den Inhalt der Mitteilungen des französischen Botschafters bekanntgab und auch die Gegenmaßregeln, die die deutsche Regierung für diesen Fall beschlossen hat.

Washington, 10. Januar. Der Präsident hat die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückgerufen.

Französische Kulturpropaganda

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Frankfurt a. M., 10. Januar

In den nächsten Tagen erscheint im besetzten Gebiet eine neue französische Zeitung für das Rheinland unter dem Titel „Rhin et Moselle“.

Welchem Zwecke diese neue Zeitung dienen soll, läßt sich vielleicht aus folgender Meldung unseres Pariser Sonderberichterstatters schließen:

> Reynard, der soeben aus Deutschland zurückkehrte, erklärte dem Vertreter des Petit bleu, in Deutschland herrsche großer Haß gegen Frankreich, dessen Absichten entstellt würden. Es sei nur zu hoffen, daß es bei der Verhängung der Sanktionen nicht zu Blutvergießen komme. Im deutschen Volke verstehe man die französische Politik überhaupt nicht. Frankreich müsse Deutschland über die Ziele seiner Politik aufklären und die antifranzösische Propaganda, die von Lloyd George und anderen in Deutschland gemacht werde, bekämpfen.

Das Kohlensyndikat gegen Frankreich

Essen, 10. Januar

Die hiesige Handelskammer hat heute vormittag den Pressevertretern folgende offizielle Mitteilung über die Verlegung des Kohlensyndikats gemacht: Das Kohlensyndikat — die Verkaufsorganisation der Zechen, in deren Vorstand auch ein Gewerkschaftsmitglied sitzt — hat gestern abend einstimmig, also auch mit der Stimme dieses Gewerkschaftsmitgliedes, beschlossen, seinen Sitz für die Zeit bis zum 31. März, d. h. also, solange der gegenwärtige Syndikatsvertrag noch läuft, nach Hamburg zu verlegen und sich dann aufzulösen. Infolge dieser Verlegung und der späteren Auflösung des Kohlensyndikats müssen die Zechen, soweit sie nicht durch die laufenden Verträge noch gedeckt sind, ihre Verkäufe selbst besorgen. Die Entente muß daher mit den einzelnen Zechen direkt verhandeln und geht der ganzen Organisationsarbeit, die das Syndikat bisher für sie geleistet hat, verlustig. Sie müßte also den Versuch machen, durch die für das Ruhrgebiet bestimmte Inzenieurkommission aus sich heraus gewissermaßen eine neue Syndikatsstelle einzurichten, was sie mit dem hier verbliebenen niederen Beamtenstabe des Syndikats kaum tun kann. Sämtliche Führer der Ruhrindustrie, sowohl die bekannten Montankönige als auch die leitenden Direktoren und alle Chefingenieure, verlassen das Ruhrgebiet beim Einmarsch der Franzosen. Die Mitglieder des Kohlensyndikats haben nämlich beschlossen, der Entente ihre Arbeit in keiner Weise zu erleichtern, sondern ihr jeden Widerstand entgegenzusetzen. Die Begründung hierfür findet sich in dem schon vorgestern mitgeteilten Beschluß der Vollversammlung der Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim und Oberhausen, in der auf den vollkommenen Mangel einer Rechtslage des französischen Vorgehens hingewiesen wird, der einen Rechtsbruch und eine grobe Verletzung des Versailler Vertrages darstelle.

Die leitenden Beamten des Kohlensyndikats haben Essen bereits in der vergangenen Nacht mit sämtlichem Aktenmaterial und den Geschäftsbüchern des Syndikats verlassen und sich nach Hamburg begeben. Von Dortmund aus sind in der letzten Nacht 100 Beamte des Kohlensyndikats mit einem Sonderzug nach Hamburg abgereist. Die übrigen Beamten des Syndikats sind beurlaubt. Das Gebäude des Syndikats steht fast völlig leer. Ein großer Teil der Schutzpolizei wurde ebenfalls in der vergangenen Nacht zurückgezogen.

Bochum vorläufig unbesetzt

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Bochum, 10. Januar.

In Bochum erwartete man heute vormittag die Besetzung der Stadt. Der Vormarsch der Truppen hatte bereits begonnen. Inzwischen wurde aber bekannt, daß der weitere Vormarsch vorläufig eingestellt würde. Die Veranlassung zu dieser Maßnahme ist nicht bekannt. Es heißt, daß die Besetzung nach 24 Stunden erfolgen wird. In Dortmund hat gestern abend unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten eine Versammlung aller Bürgermeister des Ruhrgebietes stattgefunden; man besprach die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, falls weitere Teile des Ruhrgebietes besetzt werden.

Verkehrserleichterungen

Essen, 10. Januar, 11 Uhr vormittags.

Bis zur Stunde herrschte an der ganzen Grenze des besetzten Gebietes von Kettwig bis Mülheim völlige Ruhe. Neue Truppenansammlungen sind nicht zu bemerken. In Richtung Düsseldorf sind heute Verkehrserleichterungen für Fuhrwerke eingetreten. Gestern wurden alle Lastwagen und Personenwagen in Kettwig zurückgeschickt. Heute bleiben die Lastwagen in beiden Richtungen unbehindert, während die Personenwagen die Erlaubnis für die Einreise erhalten; es wird ihnen aber nicht gestattet, zurückzufahren.

London vermutet keinen Einmarsch

Essen, 10. Januar.

Der hier weilende Vertreter einer großen Londoner Zeitung hat heute vormittag von seiner Redaktion die telegraphische Anweisung erhalten, seine Berichterstattung einzuschränken, da man in London annehme, daß infolge einer im Gange befindlichen amerikanischen und italienischen Intervention die Besitzergreifung des Ruhrbergbaues zunächst nicht und wahrscheinlich überhaupt nicht in der nächsten Zeit stattfinden werde.

SLUB
Wir führen Wissen.